

von Thomas Meese, Soziologe (M.A.)

vorgetragen am 14.01.2007 im Rahmen des Blockseminars
"Einsperren und Aussperren" am Institut für Kriminologische Sozialforschung

Meine Damen und Herren,

lassen mich allererst dem Institut für Kriminologische Sozialforschung und seinem Direktor, Herrn *Prof. Dr. Sebastian Scheerer*, dafür danken, dass wir hier und heute Gelegenheit erhalten über eines der gesellschaftspolitisch dringendsten Themen unserer Zeit handeln zu dürfen. Ausdrücklich danken möchte ich auch Herrn *Dr. Gunnar Meinecke*, ohne dessen Initiative dies vermutlich so nicht statt finden würde.

Es ist spät, wenn wir uns erst heute systematisch über den rechtlichen, resp. den völkerrechtlichen, Status der Beschäftigungsgelegenheiten gem. § 16.3 SGB II Rechenschaft ab legen - hundertfach wurden und werden "Ein-Euro-Jobber" an der Universität Hamburg ausgebeutet - es ist nicht zu spät, sich zu besinnen und gegen den von deutschen Bundestagen beschlossenen und von deutschen Verwaltungen exekutierten Völkerrechtsbruch an zu kämpfen.

Nicht wenige - zumal Intellektuelle - erachten es in bildungsaristokratischer Absicht als ein Ärgernis oder gar als einen Skandal, dass inzwischen auch AkademikerInnen dienstverpflichtet werden, während ihnen die in ungleich größerem Umfang statt findende Ausbeutung von gelernten und ungelernten ArbeiterInnen mehr oder weniger gleich gültig - oder doch wenigstens: nicht ganz so ärgerlich und skandalös erscheint.

Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit fest stellen: dieser Meinung bin ich nicht! In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es unter Art. 23 Abs. 2:

"Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit."

Und unter Abs. 3 heißt es weiter:

"Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen." [1]

Da wird also kein Unterschied gemacht zwischen verschiedenen Tätigkeiten und Qualifikationen.

Wenn ich im folgenden über

Invarianten deutscher Politik: "Ein-Euro-Jobs" (Maßnahmen gem. § 16.3 SGB II) als Formen der Zwangs- und Pflichtarbeit

zu handeln beabsichtige, dann unterscheide ich nicht zwischen den verschiedenen - material durchaus erheblich heterogenen - Ausprägungen von "Ein-Euro-Jobs", sondern beziehe mich global auf das in Deutschland inzwischen 600.000fach angewandte völkerrechtswidrige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrument der sog. Beschäftigungsgelegenheiten.

Erlauben Sie mir jedoch zunächst, die gegenwärtige bundesdeutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in einen größeren - geschichtlichen und strukturellen - Kontext hinein zu stellen. Politik hat stets eine Tradition - ist dieselbe rühmlich, dann sprechen wir von einer "*politischen Kultur*". Ist sie dies nicht: dann gnade uns Gott!

Meine Damen und Herren,

in einer seiner späten Vorlesungen hat der deutsche Philosoph *Karl Jaspers* (1883-1969) über den Zusammenhang von Politik und Öffentlichkeit folgendes gesagt:

"Auf Lüge gebaute Staaten trifft das Verhängnis durch die in ihnen aus der Tradition der Lüge erwachsene Politik. Es ist eine Schuld des sich selbst betrügenden Willens, die übermächtige Realität der Gewalt und der Lüge nicht wahr haben zu wollen. Nur wenn wir ihre bisher noch faktische Unentrinnbarkeit sehen, dann können wir uns in ihr behaupten und versuchen sie einzuschränken. Das setzt voraus, daß wir uns nicht täuschen lassen, wenn Gewalt und Lüge in der Stille langsam, alltäglich und dann in entscheidenden Augenblicken alles überwältigend sich durchsetzen. Das heißt: Voraussetzung ist die unbeschränkte Öffentlichkeit der Wahrheit! Öffentlichkeit ist der Raum der Politik eines freien Volkes. Das Maß der Öffentlichkeit ist Kriterium der Freiheit." [2]

Mahnende und warnende Worte, die dem philosophischen Denken entspringen, aber auch - dies ist kein Widerspruch - der Erfahrung des Fehlgehens deutscher Politik. Jaspers war 1937 vom nationalsozialistischen Regime seines Amtes als ordentlicher Professor der Philosophie an der Universität Heidelberg enthoben worden. Er sprach davon später einmal als der "*Grunderfahrung des Verlustes der Rechtsgarantie im eigenen Staate*". [3] Mit seiner Frau Gertrud, die jüdischer Herkunft war, durchlebte er die Jahre bis zur Befreiung in der ständigen Befürchtung des Schlimmsten.

Die "*Grunderfahrung des Verlustes der Rechtsgarantie im eigenen Staate*" machen heute millionenfach Langzeitarbeitslose oder andere Menschen, die auf staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, ohnedass sie ihre sozio-ökonomische Situation individuell zu verantworten hätten oder ihr Schicksal auch nur aus eigenen Kräften zu wenden in der Lage wären. Nationalökonomische Verwerfungen werden jedoch von Seiten der Regierungspolitik gezielt in stigmatisierender und deklassierender Absicht persönlich zu geschrieben nach dem Motto: *wer arbeiten will, der findet auch Arbeit*. Schreibt man nun aber eine in erster Linie strukturell und in zweiter Linie konjunkturell bedingte Massenarbeitslosigkeit dem pers. Willen resp. Unwillen des Arbeitslosen zu, lässt sich daraus formallogisch korrekt ableiten: *wer keine Arbeit hat, der will auch nicht arbeiten; der kann/muss folglich zur Arbeit gezwungen werden*. Wir wissen jedoch: die Prämissen sind falsch!

Lassen Sie mich, bevor ich fort fahre, Ihnen an einigen Verlautbarungen führender Politiker aus der letzten Zeit belegen, dass diese Hetze stattfindet.

August 2005

In einer vom vormaligen Bundesarbeitsminister *Wolfgang Clement* (SPD) autorisierten und mit einem Vorwort versehenen Schrift seines Ministeriums werden Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, zunächst pauschal als "Abzocker" stigmatisiert, bevor die Metapher aus dem Reiche der Biologie geritten wird: "*Biologen verwenden für 'Organismen', die zweitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen - ihren Wirten - leben', übereinstimmend die Bezeichnung 'Parasiten'.*" Als "Parasiten im Körper anderer Völker" hat *Hitler* bekanntlich in "Mein Kampf" die Juden bezeichnet. [4]

In Parenthese sei hier auf den - für KriminologInnen wohl nicht ganz uninteressanten - Sachverhalt verwiesen, dass in mehreren Fällen gegen *Clement* Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattet worden war. In § 130 Abs. 1 StGB heißt es nämlich ausdrücklich: "*Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, (1.) zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder (2.) die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.*" Es ist zu keinem einzigen Gerichtsverfahren gekommen. [5]

09. Mai 2006 [Die Zeit]

Der derzeitige Arbeitsminister *Franz Müntefering* (SPD) gibt auf einer Fraktionssitzung die Parole heraus: "*Nur wer arbeitet, soll auch essen.*" [6]

31. Mai 2006 [Süddeutsche Zeitung]

In einem Interview spricht sich der CDU/CSU-Fraktionschef *Volker Kauder* für eine Verschärfung des Arbeitszwanges aus: "*Ich bin mir nicht sicher, ob Ein-Euro-Jobs grundsätzlich das richtige Instrument sind. Vielleicht müssen wir auch dazu kommen, dass Hartz IV-Empfänger auf jeden Fall ein paar Stunden arbeiten müssen. (...) Die Notwendigkeit, den einen Euro zu zahlen, sehe ich nicht in jedem Fall. Wer Hartz IV bekommt muss dafür etwas als Gegenleistung erbringen.*" [7]

15. Juni 2006 [Hamburger Morgenpost]

Der CSU-Nachwuchspolitiker *Stefan Müller* bläst in dasselbe Horn: "*Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich dann jeden Morgen bei einer Behörde zum "Gemeinschaftsdienst" melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt - acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag.*" [8]

12. Dezember 2006 [junge Welt]

Auf dem Wiesbadener Sternschnuppenweihnachtsmarkt gibt der Bundesvorsitzende der SPD, *Kurt Beck*, dem arbeitslosen *Henriko Frank* zu verstehen: "*Wenn Sie sich waschen und rasieren, finden Sie auch einen Job.*" (Dieser Vollfall sollte ein breites und trauriges Mediennachspiel haben) [9]

Schützenhilfe gibt es auch von wissenschaftlicher oder pseudowissenschaftlicher Seite:

Februar 2006 [chrismon]

Dem Münchner Nationalökonom und Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, *Hans-Werner Sinn*, schwebt ein ganz besonderes "Kombilohn-Modell" vor: "*Nach unseren Schätzungen müsste der Lohn für einfache Arbeit etwa ein Drittel niedriger sein, um drei Millionen Jobs für Geringqualifizierte zu schaffen. Wir brauchen Lohnstrukturen, die jedem einen Job geben, und sei es für einen Hungerlohn. Dann muss der Staat etwas dazuzahlen.*" [10]

04. Januar 2006 [Hamburger Abendblatt]

Der Chef der Hamburger Agentur für Arbeit, *Rolf Steil*, macht sich das Zwangsarbeits-Modell des Hans-Werner Sinn zu eigen: "*Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit muss energisch angegangen werden. Ich bin der Ansicht, dass es nicht gut ist, arbeitsfähigen Menschen jeden Monat 345 Euro Arbeitslosengeld II zu zahlen, ohne dass sie arbeiten. Der Abstand zu Niedriglöhnen ist zu gering. So bekommt man zu wenige Menschen in Arbeit.*" [11]

Die Beispiele machen deutlich, dass der Angriff, der hier gefahren wird, auf die Lohnarbeit insgesamt geht. Wer heute arbeitslos wird, fällt in aller Regel nach 12 Monaten aus dem Rechtsbereich des SGB III heraus und wird dem Rechtskreis des SGB II unterworfen. Die Menschen - auch die, die noch Arbeit haben - sind sich dessen bewusst. Sie wissen, dass mit der Arbeitslosigkeit materielle Unterversorgung, soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit einher gehen. Deshalb herrscht Angst in Deutschland. Nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahre 2004 leiden 14% der zwischen 18 und 65 jährigen unter klinisch relevanten Angststörungen. Ein Drittel der Angststörungen geht mit Depressionen einher. Die Stressbelastung durch Arbeitslosigkeit ist erheblich. Arbeitslose haben eine bis zu sieben Jahren geringere Lebenserwartung und ein mindestens doppelt so hohes Risiko schwer zu erkranken. [12]

Meine Damen und Herren,

von der Globalisierung sind alle Volkswirtschaften betroffen. In keiner anderen vergleichbaren Industrienation Europas zeitigt sie jedoch derart starke Verwerfungen, wie hier bei uns in Deutschland:

- In keinem anderen Land der EU-15 ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitsbevölkerung höher als in Deutschland. [13]
- Nach einer Untersuchung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2003 sind gefühlte Krankheit und chronische Erkrankung in keinem anderen Land der EU so ausgeprägt wie in Deutschland.
- Während die Bundesregierung die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen hat - und eine weitere Erhöhung in Aussicht stellt - verharret das Rentenalter in allen anderen EU-15-Staaten auf 65 (in Frankreich gar auf 60). [14]
- in keinem anderen Land der alten EU öffnet sich die Schere zwischen Unternehmens- und Arbeitseinkommen so stark, wie in Deutschland; zw. 2003 und 2006 sind hier die Unternehmensgewinne um 8,6% gestiegen, während die Arbeitseinkommen um -6,1% gesunken sind. In Frankreich sind während dieses Zeitraum die Unternehmensgewinne um -1,7% und die Arbeitseinkommen um -0,6% gefallen. [15]

Wir haben gesehen, dass sich die deutsche Volkswirtschaft einseitig auf Kosten des auf abhängige Arbeit angewiesenen Bevölkerungsteils der Globalisierung stellt. Politisch in Kauf genommen wird ein Verlust an Lebenschancen der Arbeitslosen oder der von Arbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerungsteile. Nach dem Datenbericht 2006 des Statistischen Bundesamtes lebten in 2005 bereits 13,2% aller Haushalte in Deutschland unterhalb der Armutsschwelle. [16]

Seit dem Beginn der 1970-er Jahre übersteigt die Zahl der Arbeitslosen die offenen Stellen erheblich und ist stetig weiter angewachsen. Seit 1993 hat die Arbeitslosenquote einen zweistelligen Wert nicht mehr unterschritten. [17] Und wir müssen an diesem Punkt die Frage stellen: was für ein Menschenbild steht hinter einer Politik, die kontrafaktisch weiterhin die Legende von der Vollbeschäftigung verbreitet und die die millionenfache sozio-ökonomische Exklusion eines ganzen Bevölkerungsteils wider besseres Wissen billigend in Kauf nimmt?

Es ist dies das Menschenbild des vollständig der ökonomischen Verzweckung unterworfenen *Homo oeconomicus*. Mit Kant sprechen wir von dem "radikal Bösen" der Gesinnung, die hier am Werke ist; nachgerade eine Inversion des Kategorischen Imperativs, die da in etwa lauten würde: "*Handle so, dass Du einen Menschen jederzeit als Mittel und niemals als Zweck an sich selbst gebrauchst.*" Es ist dies nicht das Menschenbild des allgemeinen, gleichen und unentzweibaren Humanums und wir werden nicht umher können dies hier fest zu stellen: eine solche Politik, die es nicht vermag, die (ökonomische) Krise gemeinschaftlich zu bestehen, sondern allein durch Ausgrenzung und Stigmatisierung, hat Tradition in Deutschland.

In seiner bereits 1935 im Exil entstandenen und noch immer lesenswerten Schrift "Die verspätete Nation" stellt Helmuth Plessner (1892-1985) fest:

"Infolgedessen muss ein Land, das an sie auch keine politische Bindung besitzt wie Deutschland, weil es zur Aufklärung geschichtlich ohne tiefere Beziehung ist, unter dem Verfall der Wirtschaft auch geistig viel schwerer leiden als die westlichen Völker. Es ist in seiner Traditionslosigkeit widerstandsloser als sie. Der Fortschrittsglaube des wissenschaftlichen und industriellen Spezialisismus ersetzte ihm den Mangel eines politischen Fortschrittsglaubens. Versagte einmal die Wirtschaft, so musste sich zeigen, dass Deutschland der Industrialismus zum geistigen Schicksal geworden war." [18]

Eine seit Anbeginn der Bundesrepublik gegebene und stets ausgeweitete erdrückende Organisationsmacht der großen Unternehmensverbände macht in diesem Land Politik. Demokratische Grundsätze zutiefst delegitimierend hat sich derart ein Plutokratismus verfestigt, dem weder von gewerkschaftlicher Seite, noch von der bürgerlichen Presse eine ernst zu nehmende Gefahr droht. An der Diskussion um den gesetzlichen Mindestlohn hat sich zuletzt sehr schön beobachten lassen, wie hier Politik am Volk vorbei gemacht wird:

- schon in 2005 hatte der dänische Arbeitsminister an seinen deutschen Amtskollegen appelliert, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn ein zu führen; Deutschland ist für dänische Unternehmen inzwischen ein Niedriglohnland, so lagert der Fleischerzeuger *Danish Crown* in großem Umfang die Fleischverarbeitung nach Deutschland aus; [19]
- im Februar 2006 hatte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), *Dieter Hundt*, die Parole heraus gegeben, nach der die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns höchst schädlich wäre; [20]

- im Oktober 2006 war ihm der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), *Michael Sommer*, gefolgt und war, nachdem er sich zuvor wortkämpferisch für einen Mindestlohn eingesetzt hatte, eingeknickt; [21]
- endlich im November 2006 konnte die Bundeskanzlerin Angela Merkel - auf dem Arbeitgebtag in Berlin - verkünden: *mission accomplished!* In Deutschland wird es keinen flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn geben. [22]

Meine Damen und Herren,

die Maßnahmen gem. § 16.3 SGB II (sog. "Ein-Euro-Jobs") sind nur ein Baustein im bundesdeutschen neo-liberalen Projekt. Lassen Sie mich schlaglichtartig einige weitere Bausteine auf zählen:

1. Die geringe soziale Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems (die PISA-Studie von 2004 hat gezeigt, dass in keinem vergleichbaren Industrieland die Abhängigkeit der Bildungschancen von Familieneinkommen und Vorbildung der Eltern stärker ist, als in Deutschland).
2. Die Bildungsausgaben lagen in 2003 bei 4,7% des Bruttoinlandsprodukts. In Europa hatte nur Spanien noch geringer Aufwendungen. Zum Vergleich: Dänemark hat 8,3% seines BIP auf Bildung verwendet. [23]
3. Sie selbst sind von der Einführung der Studiengebühren bei gleichzeitigen Substanzverlust eines zunehmend verschuldeten und beschleunigten Studiums betroffen.
4. Die systematische Austrocknung und Gefügigmachung (ehemals) kritischer Geistes- und Sozialwissenschaften durch Mittelentzug und über Stellenpläne. (Die Bertelsmänner sind längst bei Ihnen hier im "Pferdestall"!).
5. Die fortschreitende Enteignung der auf abhängige Arbeit angewiesenen Bevölkerung zu Gunsten des Kapitals: in 2000 betrug der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen noch 72%; in 2006 waren dies weniger 66%. [24]
6. Der Ausverkauf der Infrastruktur (Post, Strom, Gas, Wasser, Verkehr) an privatunternehmerische Profitinteressen.

Einen wichtigen - wenn Sie so wollen: statisch wichtigen - Baustein im neoliberalen Projekt der von Rot-Grün in Szene gesetzten und durch die große Koalition forcierten Agenda-Politik stellen die "Ein-Euro-Jobs" deshalb dar, weil durch sie der von der starken deutschen Exportwirtschaft gewünschte Lohndruck "gegen Null" betrieben werden kann. Lassen Sie mich diese Tendenz anhand zweier volkswirtschaftlicher Kennzahlen verdeutlichen:

In keinem anderen Land der Europäischen Union ist der Anstieg der Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe so gering ausgefallen, wie in Deutschland. In der Europäischen Union lag dieser 2004 bei +2,5% und 2005 bei +2,6%, während er in Deutschland mit +1,1 resp. +0,9% ausgewiesen war. Tatsächlich ist bei keinem anderen Land der Europäischen Union, ein Anstieg unter zwei Prozentpunkten aus zu machen, bei den meisten liegt derselben deutlich über drei Prozent. [25] Das reale Haushaltsnettoeinkommen ist seit 2003 rückläufig. Es fällt in 2005 mit 1.298 Euro gar hinter den Stand von 2000 (1.304 Euro) zurück. Das

Wachstum des Realeinkommens ist seit dem Beginn der 1990-er Jahre ohnehin schon gering. [26]

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass dem Statistischen Bundesamt bei Redaktionsschluss die Kennzahlen von 2005 vorlagen, die zum Teil im letzten Quartal schon extrapoliert waren. Die Hartz IV-Reformen traten jedoch erst am 01. Januar 2005 in Kraft. Wir werden ihre gravierenden Auswirkungen mit Bezug auf die Lohn- und Armutsentwicklung also erst mit den Datenreports 2007ff. nach voll ziehen können. Die schon heute deutlich ablesbare Tendenz ist allerdings erschreckend genug!

Lassen Sie uns kurz zusammen fassen, was wir bis hierher entwickelt haben:

- Die Hartz-Reformen zeitigen eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Enteignung breiter Bevölkerungsteile die auf abhängige Arbeit angewiesen sind und führen zu einem bislang nicht gekannten Ausmaß von Armut, Exklusion und Perspektivlosigkeit.
- Dabei stellt es eine Invariante deutscher - also nicht allein: bundesdeutscher - Politik dar, in (wirtschaftlichen) Krisenzeiten das allgemeine Humanum zu verraten und eine gemeinschaftgefährdende, desintegrierende, von einem durch Unternehmensverbände betriebenen Interessenpartikularismus bestimmte, Politik zu betreiben.
- Bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen zur Armut, Lohnentwicklung, zu den Bildungsausgaben und dem Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung bildet die Bundesrepublik das Schlusslicht im europäischen Vergleich, während in keiner anderen vergleichbaren Industrienation die Unternehmens- und Vermögenseinkommen derart exorbitante Höchststände feiern.
- Darüber hinaus haben wir das arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrument der "Ein-Euro-Jobs" als zentralen Ausdruck (bundes-)deutscher Politik und wichtiges volkswirtschaftliches Mittel der Lohndrückerei aus gemacht.

Meine Damen und Herren,

mit den Maßnahmen gem. § 16.3 SGB II (sog. "Ein-Euro-Jobs") handelt es sich um völkerrechtswidrige Zwangsarbeit. Sie verstoßen gegen ein halbes Dutzend internationaler Abkommen. Ich benenne diese, die Zwangsarbeit verbietenden Abkommen, hier in der chronologischen Abfolge ihrer Entstehung:

- 1930 - Das Übereinkommen C029 der International Labour Organization (ILO) über Zwangs- und Pflichtarbeit. [27]
- 1948 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in ihrem Art. 23. [28]
- 1950 - Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in ihrem Art. 4. [29]
- 1957 - Das Übereinkommen C105 der ILO über die Abschaffung der Zwangsarbeit. [30]
- 1961 - Die Europäische Sozialcharta (ESC) in ihrem Teil II Artikel 1 (insbes. Abs. 2). [31]
- 1966 - Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) in seinem Teil III Artikel 8. [32]

Sämtliche oben bezeichneten völkerrechtsverbindlichen Abkommen sind von der Bundesrepublik ratifiziert und besitzen vollumfängliche Rechtskraft, sodass wir eine Diskrepanz zwischen deutscher Politik nach innen, die desintegrierend und gemeinschaftsgefährdend ist und deutscher Politik nach außen, die der internationalen Gemeinschaft eine geläuterte deutsche Nation vorspiegelt, fest stellen müssen.

Wenn ich Ihnen nun den völkerrechtswidrigen Zwangscharakter der "Ein-Euro-Jobs" dar lege, dann werde ich ausschließlich auf das ILO-Übereinkommen C029 Bezug nehmen. Dies hat zwei Gründe:

1. ist dies das älteste diesbezügliche internationale Abkommen, das für die nachfolgenden gewissermaßen normenbildende Wirkung entfaltetete;
2. überwacht die ILO die Einhaltung dieses Übereinkommen bis in unsere Tage und wir können auf aktuelle diesbezügliche Interpretationen und Empfehlungen zurück greifen.

In Art. 2 Abs. 1 des Übereinkommens C029 ist "Zwangsarbeit" wie folgt definiert:

"Als „Zwangs- oder Pflichtarbeit" im Sinne dieses Übereinkommens gilt jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat."

Ausdrücklich hat die ILO in ihren Stellungnahmen immer wieder darauf hingewiesen, dass "Strafe" gem. dieser Definition nicht in dem engen Begriff strafrechtlicher Sanktionen zu verstehen ist, sondern vielmehr:

- auch die Form eines Verlustes von Rechten und Privilegien an nehmen kann;

Strafen i.S. der ILO-Definition von Zwangsarbeit können auch psychischer Natur sein (etwa die Androhung eines empfindlichen Übels); als Beispiele werden genannt:

- finanzielle Strafen;
- die Denunzierung bei den Behörden;
- der Ausschluss von zukünftiger Beschäftigung;
- ausdrücklich auch der "Ausschluss aus dem gemeinschaftlichen und sozialen Leben";
- der "Entzug von Nahrung, Unterkunft oder sonstigen Notwendigkeiten";
- die "Versetzung an einen Arbeitsplatz mit noch schlechteren Arbeitsbedingungen"
- und schließlich der "Verlust des sozialen Status" [33]

Zwangsarbeit ist somit jegliche Arbeit oder Dienstleistung, die unter Androhung einer Strafe (gem. der hier gegebenen weiten Begriffs-Extension) verlangt wird. Sie wird nicht freiwillig verrichtet.

Das Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. 1 S. 2954) und die Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bundestagsdrucksache 16/1410 am 01. Juni 2006 vom Bundestag beschlossen) sehen empfindliche Sanktionen im Falle der Ablehnung einer

Arbeitsgelegenheit durch einen Arbeitssuchenden vor, die ihn in seiner ohnehin schon prekären materiellen Existenz bedrohen.

In den "Richtlinien zur Förderung des Programms der Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16 Absatz 3 SGB II Einsatz der Aktiv-Jobs in Hamburg" der Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II vom März 2006 heißt es unter "7. Grundsätze" hierzu ausdrücklich:

"Die Arbeitsgelegenheiten dienen neben der Förderung sozialer und beruflicher Fähigkeiten auch der Überprüfung der Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft. Bei Weigerung eine Arbeitsgelegenheit aufzunehmen oder fortzuführen, werden die Leistungen des Arbeitslosengeldes II gekürzt. Bei jungen Menschen unter 25 entfällt diese Leistung für drei Monate."

Exekutiert werden diese Sanktionen durch die MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltungen. Dabei verbietet das ILO-Übereinkommen C029 in seinem Artikel 6 ein derartiges Vorgehen ausdrücklich. Wir lesen dort:

"Beamte der Verwaltung dürfen, auch wenn es ihre Aufgabe ist, die ihrer Verantwortung unterstellte Bevölkerung zur Annahme von Arbeit irgendeiner Form zu ermuntern, weder auf die Gesamtbevölkerung noch auf einzelne Personen einen Druck ausüben, um sie zur Arbeitsleistung für Einzelpersonen oder private Gesellschaften und Vereinigungen zu veranlassen."

Gibt der Arbeitslose nun - um die Bedrohung seiner materiellen Existenz ab zu wenden - dem Druck der Arbeits- und Sozialverwaltung nach und lässt sich in eine "Arbeitsgelegenheit" zwingen, findet er sich in einer Situation der Deklassierung und Rechtlosstellung wieder. "Ein-Euro-Jobs" begründen kein Arbeitsverhältnis, sondern ein durch Verwaltungsakt initiiertes öffentlich-rechtliches Beschäftigungsverhältnis eigener Art. Die Betroffenen sind deshalb durch den Betriebsrat nicht vertreten und können - bei Dissens mit ihrem "Arbeitgeber" - nicht ein Verfahren vor einem ordentlichen Arbeitsgericht anstrengen.

Einleitend hatte ich auf die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* aus dem Jahre 1948 hin gewiesen und die dort aufgestellte Forderung: *"Gleicher Lohn für gleiche Arbeit."* Wir wissen, dass dies bei den "Ein-Euro-Jobs" in keiner Weise gegeben ist. Der Name sagt dies schon. "Unkosten", die der Arbeitslose "verursacht" - also seine Hilfe zum Lebensunterhalt, die Mehraufwandsentschädigung und die an die Beschäftigungsträger ausgezahlten Kopfpauschalen - werden der Allgemeinheit aufgebürdet, während die Stellen, die von der seiner Zwangsarbeit profitieren, keinen Cent hierfür zu entrichten haben.

Es liegen in dieser Faktoren-Konstellation zwei weitere Verstöße gegen das Übereinkommen C029 vor, die im Zusammenhang gesehen werden müssen. Erstens hätte sich die Arbeits- und Sozialbehörde gem. Artikel 9 c davon überzeugen müssen,

das "es unmöglich gewesen ist, freiwillige Arbeitskräfte für die Arbeit oder Dienstleistung zu erhalten, obgleich die angebotenen Löhne und übrigen Arbeitsbedingungen denjenigen wenigstens gleichwertig waren, die in dem betreffenden Gebiete für Arbeiten oder Dienstleistungen gleicher Art üblich sind."

Nachdem sie dies getan hat oder nicht - faktisch aber: freiwillige Arbeitskräfte für die auszuführenden Arbeiten oder Dienstleistungen nicht gefunden hat, sind die Dienstverpflichteten selbstverständlich mit "*gleichem Lohn für gleiche Arbeit*" zu entlohnen. In Art. 14 Abs. 1 des Übereinkommens C029 liest sich das so:

"Zwangs- oder Pflichtarbeit (ist) in allen ihren Formen in Geld zu vergüten, und zwar zu Sätzen, die weder niedriger sind als die für gleichartige Arbeit in dem Gebiete der Arbeitsverrichtung, noch niedriger als die im Anwerbungsgebiet üblichen Sätze."

Meine Damen und Herren,

diese Verstöße gegen das Übereinkommen C029 der International Labour Organization sind sämtlich gegeben. In der Bundesrepublik inzwischen 600.000fach durch die Dienstverpflichtung von Arbeitslosen zu Maßnahmen gem. § 16.3 SGB II. In unbekannter Zahl liegen Verstöße gegen das Übereinkommen C029 durch die Dienstverpflichtung von Strafgefangenen zu Gunsten privater Unternehmen zu einem Bruchteil des regulären Lohnes vor. Auch Asylbegehrende werden gem. § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) für eine Aufwandsentschädigung von 1,05 Euro pro Stunde dienstverpflichtet. [34]

Der Verwaltungsrat der ILO hat die völkerrechtswidrige Arbeitsausbeutung von Strafgefangenen in Deutschland seit 1991 in nicht weniger als zehn Vorgängen kontinuierlich angeprangert, ohnedass sich etwas geändert hätte. Auch auf die dem Übereinkommen C029 zu wider laufende Dienstverpflichtung von Asylbegehrenden hat der Verwaltungsrat bereits die Kohl-Regierung zu Anfang der 1990-er Jahre aufmerksam gemacht. Eine Anfrage bei proasyl hat mir bestätigt, dass dieses völkerrechtswidrige Instrument des Asylbewerberleistungsgesetzes von einigen Trägerkommunen weiterhin exekutiert wird.

Eine Beschwerde gegen die Maßnahmen gem. § 16.3 SGB II (sog. "Ein-Euro-Jobs") ist bislang nicht vor den Verwaltungsrat der ILO gebracht worden. Die Verfassung der ILO lässt keine Individualbegehren, sondern lediglich Verbandsbeschwerden zu. Diese können namentlich durch die deutschen Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberverbände vorgebracht werden. [35] Dass eine Beschwerde durch einen Arbeitgeberverband nicht zu erwarten ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Aber auch die deutschen Gewerkschaften zeigen sich nicht gewillt, ihrer Pflicht und Verantwortung nach zu kommen.

Gegenwärtig entsendet die deutsche Arbeitnehmerseite Ursula Engelen-Kefer zur Internationalen Arbeitskonferenz nach Genf. Frau Engelen-Kefer war zwischen 1990 und 2005 die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sie sitzt im Bundesvorstand der SPD und ist im September 2006 als Vorsitzende des Selbstverwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit (BA) offiziell verabschiedet worden. Der Vorstandsvorsitzende der BA, Frank Weise, dankte ihr bei dieser Gelegenheit dafür, dass sie "*auch die Reform der BA in den vergangenen Jahren aktiv unterstützt*" habe. Wir dürfen nicht erwarten, dass Frau Engelen-Kefer Gesetze, für die ihre eigene Partei verantwortlich zeichnet und bei deren verwaltungsmäßiger Exekution sie tatkräftig mit geholfen hat, zum Gegenstand eines Beschwerdeverfahrens vor dem Verwaltungsrat der ILO machen wird. [36]

Das Übereinkommen C029 spricht jedoch eine zu deutliche Sprache, alsdass wir es ignorieren könnten, und die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses der ILO tun dies auch. In

einem die Republik Irland betreffenden Vorgang hat der Sachverständigenausschuss in 2001 noch einmal - für den hier verhandelten Zusammenhang instruktiv - deutlich gemacht, womit ein Verstoß gegen das Übereinkommen C029 gegeben ist. Dort heißt es:

"In einem Fall, in dem eine objektive Situation der ökonomischen Einschränkungen gegeben ist, die zwar nicht durch die Regierung verursacht worden ist, aber durch die Regierung ausgebeutet wird, indem sie ein übermäßig niedriges Niveau der Vergütung (excessively low level of remuneration) anbietet, kann sie gewissermaßen für eine Situation verantwortlich gemacht werden, die sie nicht verursacht hat. Außerdem kann sie dafür verantwortlich gemacht werden, ökonomische Einschränkungen zu erzeugen und zu verschlimmern, wenn die Zahl der Menschen, die durch die Regierung zu übermäßig niedriger Bezahlung (at excessively low rates of pay) verdingt wurden und die Quantität der Arbeit die von solchen Beschäftigten ausgeführt wurden, einen Verdrängungs-Effekt auf die Situation andere Menschen hatte und dazu geführt hat, dass sie ihre regulären Jobs verloren haben und sich identischen ökonomische Einschränkungen gegenüber sehen." [37]

Hier haben wir die durch die Situation des massenhaften Arbeitszwanges via "Ein-Euro-Jobs" gegebene Situation "in a nutshell". Es ist - unter Rekurs auf unsere weiter oben angestellten volkswirtschaftlichen Beobachtungen im europäischen Vergleich - überhaupt die Frage zu stellen, ob die Bundesregierung die "objektive Situation der ökonomischen Einschränkungen" nicht vielleicht doch selbst verursacht hat. Unabhängig davon, ob die deutschen Gewerkschaften sich besinnen oder nicht und unabhängig davon, ob die Bundesregierung sich durch die Empfehlungen der ILO gebunden sieht oder nicht: völkerrechtsverbindliche Abkommen besitzen Rechtskraft und wir können und werden uns vor deutschen Gerichten darauf berufen und sollten auch diese sich verstockt zeigen - die Erfahrung lehrt uns, dass dies durchaus wahrscheinlich ist - werden wir unser Anliegen bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHMR) bringen.

Meine Damen und Herren,

wir hatten zu Anfang Karl Jaspers zitiert: "Das Maß der Öffentlichkeit ist Kriterium der Freiheit".

Helfen Sie mit, die notwendige Öffentlichkeit her zu stellen, damit eine deutsche Politik, die demokratische Grundsätze missachtet, gegen internationale Abkommen verstößt und die Interessen eines Großteils der Bürger verrät, offenbart wird! Wer sollte diesen Beruf übernehmen, wenn nicht Sie als kritische SozialwissenschaftlerInnen??

Sozialpädagogische Hilfsleistungen für die "Erniedrigten und Beleidigten" (Fjodor M. Dostojewskij) sind fraglos hochwichtig. Sie dürfen jedoch nicht dahin kommen eine menschenwidrige Politik zu legitimieren!

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) schließen, dessen theologisches Berufsethos wohl auch den sozialpädagogisch Tätigen gut zu Gesichte steht:

"Es kann der Moment kommen, da muss man nicht nur die Opfer unter dem Rad verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen fallen. Wenn ein Wahnsinniger mit dem Auto durch die Straßen rast, kann ich mich als Pastor nicht damit zufrieden geben, die Überfahrenen zu

trösten oder zu beerdigen, sondern ich muss dazwischen springen und ihn stoppen. Den Christen rufen nicht erst die Erfahrungen am eigenen Leibe, sondern schon die Erfahrungen am Leibe der Brüder zur Tat und zum Mitleiden." (aus dem Jahr 1933) [38]

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kontakt:
Thomas Meese
Bornheide 81
22549 Hamburg

<redaktion@forced-labour.de>

- [1] vgl. unter <<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>> [Stand 2007-01-11]
- [2] Karl Jaspers' "Kleine Schule philosophischen Denkens" war zuletzt 2000 in der Serie-Piper in der 12. Auflage erschienen und ist inzwischen vergriffen. Sie ist weiterhin als Hörbuch in der Jokers-Edition erhältlich. Karl Jaspers' wohl strukturierter und gut verständlicher Vortragsstil macht diesen Zyklus über 13 Vorlesungen auch für den philosophischen Laien lohnend und verstehbar.
- [3] Jaspers, Karl (1956:353): Philosophische Autobiographie, in: ders.: Philosophie und Welt. Reden und Aufsätze, München (1958).
- [4] vgl. "Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat" (2005:10) unter <http://www.harald-thome.de/media/files/Gesetzestexte%20SGB%20II%20+%20VO/Gesetzestexte%20SGB%20XII%20+%20VO/Seminare/Clement/Sozialmissbrauch_Bericht_BMWA.pdf> [Stand 2007-01-11]
- [5] vgl. <<http://www.welt.de/data/2005/10/29/795530.html>> [Stand 2007-01-11]
<<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/zwang/clement.html>> [Stand 2007-01-11]
- [6] vgl. <<http://zeus.zeit.de/text/online/2006/20/Schreiner>> [Stand 2007-01-11]
- [7] vgl. <<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/978/76902/print.html>> [Stand 2007-01-11]
- [8] vgl. <http://archiv.mopo.de/rewrite/show.php?pfad=/archiv/2006/20060614/deutschland-welt/politik/csu_politiker_gemeinschaftsdienst_fuer_langzeitarbeitslose.html&drucken=yes> [Stand 2007-01-11]
- [9] vgl. <<http://www.jungewelt.de/2006/12-19/042.php?print=1>> [Stand 2007-01-11]
- [10] vgl. <<http://www.chrismon.de/ctexte/2006/3/3-begegn.html>> [Stand 2007-11-01]
- [11] vgl. <<http://www.abendblatt.de/daten/2007/01/04/662884.html?prx=1>> [Stand 2007-01-11]
- [12] vgl. <<http://www.jjahnke.net/angst-p.html>> [Stand 2007-01-11]
- [13] vgl. <<http://www.jjahnke.net/arbeitslos-p.html>> [Stand 2007-01-11]
- [14] vgl. <<http://www.jjahnke.net/lebensarbeitszeit.html>> [Stand 2007-01-11]
- [15] vgl. <<http://www.jjahnke.net/wp-p.html>> [Stand 2007-01-11]
- [16] vgl. <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18_2006.pdf> [Stand 2007-01-11]
- [17] vgl. <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/1_03_2006.pdf> [Stand 2007-01-11]
- [18] Plessner, Helmuth (1982:101): Die verspätete Nation, in: ders.: Gesammelte Schriften VI, Frankfurt am Main.
- [19] vgl.
<http://www.ngg.net/meldung_meinung/presse/pressemitteilungen_2005/2005_05_11_mindeslohn.print.html> [Stand 2007-01-11]
- [20] vgl. <[http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/E131705BCBA70F09C1257125004B20DC/\\$file/BDA_Newsletter_Nr8.pdf](http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/E131705BCBA70F09C1257125004B20DC/$file/BDA_Newsletter_Nr8.pdf)> [Stand 2007-01-11]
- [21] vgl. <<http://zeus.zeit.de/text/2006/41/Interview-Sommer>> [Stand 2007-01-11]
- [22] vgl. <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,druck-446937,00.html>> [Stand 2007-01-11] und weil's so schön ist:
<<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,grossbild-733371-446937,00.html>>
- [23] vgl. <http://www.jjahnke.net/body_skandinavien.html> [Stand 2007-01-11]
- [24] vgl. <<http://www.jjahnke.net/3quartal06-p.html>> [Stand 2007-01-11]
- [25] vgl. Tab. 12 unter <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/1_16_2006.pdf> [Stand 2007-01-11]
- [26] vgl. Tab. 1 unter <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18_2006.pdf>

[Stand 2007-01-11]

[27] <<http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc029.htm>> [Stand 2007-01-11]

[28] <<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>> [Stand 2007-01-11]

[29] <<http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE36FB7/0/GermanAllemand.pdf>> [Stand 2007-01-11]

[30] <<http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc105.htm>> [Stand 2007-01-11]

[31] <<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/035.htm>> [Stand 2007-01-11]

[32] <http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ccpr.htm> [Stand 2007-01-11]

[33] vgl. S. 5ff. unter <<http://www.ilo.org/public/german/standards/relm/ilc/ilc93/pdf/rep-i-b.pdf>> [Stand 2007-01-11]

[34] vgl. <<http://www.forced-labour.de/archives/43>> [Stand 2007-01-11]

[35] vgl. "Strukturen und Organe der ILO" unter <<http://www.forced-labour.de/die-ilo/>> [Stand 2007-01-11]

[36] vgl. Punkt 1.4 unter <http://www.forced-labour.de/wp-content/uploads/2006/12/ein_euro_jobs_als_formen_der_zwangsarbeit.pdf> [Stand 2007-01-11]

[37] deutsch von Thomas Meese; vgl. <<http://www.ilo.org/ilolex/cgi-lex/pdconv.pl?host=status01&textbase=iloeng&document=11509&chapter=9&query=%28C029%29+%40ref+%2B+%28Ireland%29+%254>> [Stand 2007-01-11]

[38] vgl. <http://www.waldkirche-planegg.de/predigten/Predigt_10042005_Joh10.html> [Stand 2007-01-11]